

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Jörg Kramer zu Zimmermanns Vorhaben im Bereich innerer Sicherheit: Rückschritt zum Obrigkeitsstaat.

Seite 1

Horst Isola zur Illusion, die Justiz könne alle gesellschaftlichen Konflikte und Probleme lösen: Immer mehr Strafrecht keine Lösung! (Teil II)

Seite 2

Karl Heinz Müller MdL zum Wirken des Gauweiler-Beraters Michael Koch: Ein Dr. Eisenbarth in Sachen AIDS.

Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin-West, Heinz Galinski, hat in Berlin (Ost) an die „Fabrikaktion“ der Gestapo am 28. Februar 1943 erinnert. Wortlaut seiner Rede

Seite 5

43. Jahrgang / 40

29. Februar 1988

Rückschritt zum Obrigkeitsstaat

Zu Zimmermanns Vorhaben im Bereich innere Sicherheit

Von Jörg Kramer

Vorsitzender der Sozialdemokraten in der Polizei

Zentraler Betriebsgruppenausschuß in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD

Die im Grundgesetz verbrieften Bürgerrechte werden durch konservative Einflüsse zunehmend eingeschränkt. Die innere Sicherheit erleidet durch den Zimmermannschen Gesetzgebungsaktivismus einen Rückschritt hin zum Obrigkeitsstaat. Auch aufgrund der Innenpolitik der Bundesregierung entwickeln große Teile der Bevölkerung vermehrt Mißtrauen, Ablehnung und gar Haß gegen unseren Staat und seine Repräsentanten.

Leidtragende sind vor allem die Polizeibeamten, die für die Durchsetzung einer solchen Politik mißbraucht werden. Sie werden damit zu Außenseitern dieser Gesellschaft. Gegen diese Politik müssen wir uns zur Wehr setzen. Eine vertrauenserweckende, bürgernahe Innenpolitik muß wieder an die Stelle einer „permanenten Eroberung der Luftkothöhe über den Stammtischen“ gesetzt werden.

Die Delegierten aus den elf Bundesländern sowie aus dem Bundeskriminalamt und dem Bundesgrenzschutz, die etwa 30.000 sozialdemokratische Polizeibeschäftigte in der Bundesrepublik repräsentieren, richteten sich auf ihrer Jahrestagung in Stuttgart kürzlich gegen diese Pläne.

In Anträgen, die dem SPD-Partelvorstand und der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zugeleitet wurden, wandten wir uns gegen die geplanten Gesetze der Bonner Koalition zur inneren Sicherheit. Insbesondere lehnten wir die Umwandlung des Vermummungsverbots zu einem Straftatbestand, die Kronzeugenregelung, die Einführung des alten Tatbestandes des Landfriedensbruchs und das vorgelegte Zusammenarbeitsgesetz mit Geheimdiensten ab. Statt dessen fordern wir die Gesetzgeber auf, endlich der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen und Ermächtigungsgrundlagen für staatliche Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu schaffen.

Es ist für das Rechtsbewußtsein und die Rechtssicherheit der Polizei, aber auch der gesamten Bevölkerung, unerträglich und nicht länger hinnehmbar, daß weder in der Strafprozeßordnung noch in den meisten Polizeigesetzen der bereichsspezifische Datenschutz normiert ist. Das weiteren warnen die Sozialdemokraten in der Polizei vor möglichen Auswirkungen der geplanten Steuerreform auf die Finanzierbarkeit der Polizeien des Bundes und der Länder. Sollte sie wie geplant durchgeführt werden, drohen nicht absehbare Gefahren für die Sicherheit der Bürger und damit für den inneren Frieden in unserem Land.

(-/29.2.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fernlefter-Umprint
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Immer mehr Strafrecht keine Lösung! (Teil I)

Die Justiz kann nicht soziale, ökonomische und moralische Konflikte und Probleme lösen

Von Horst Isola

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Der Bundesvorstand der ASJ stellt mit Besorgnis fest, daß der Ruf nach immer schärferen Gesetzen, härteren Urteilen und strengerem Strafvollzug seit geraumer Zeit nicht nur von konservativer Seite erhoben wird, sondern zunehmend auch von einigen neuen sozialen Bewegungen. Die Vorstellung, daß durch mehr staatliche Repression soziale, ökonomische und moralische Konflikte oder Probleme gelöst werden könnten, breitet sich in einem bedenklichen Ausmaß in der Gesellschaft aus. Gruppen, die aufgrund ihres ideologischen Selbstverständnisses bislang Eingriffe des Staates als freiheitsbedrohend ablehnten, rufen neuerdings vermehrt nach dem „starken Staat“ und nehmen dabei die Ausweitung des staatlichen Gewaltmonopols in Kauf, das sie sonst heftig kritisieren.

Wir befürchten, daß im unbewußten Zusammenwirken mit dem konservativen Lager auf diese Weise eine erhöhte Bereitschaft in der Öffentlichkeit erzeugt wird, immer mehr staatliche Repression zu akzeptieren. Die ASJ warnt vor einer derartigen Entwicklung, weil damit einerseits lediglich Scheinlösungen für soziale und ökonomische Probleme bereit gehalten werden, andererseits erhebliche Eingriffe in den freiheitlichen und vor allem rechtsstaatlichen Bereich die Folge sind.

1. Die Bonner Rechtskoalition ist politisch unfähig, inneren Frieden zu stiften. Statt dessen fördert sie die soziale Ausgrenzung und schürt zum eigenen politischen Nutzen durch hilflose Reaktionen den sozialen Unfrieden. Im Bereich der Inneren Sicherheit tritt die staatliche Repression besonders offen zu Tage. Die bereits beschlossenen und geplanten Überwachungsgesetze, das verschärfte Vermummungsverbot, die beabsichtigte Einschränkung des Demonstrationsrechts durch Wiederherstellung des obrigkeitstaatlichen Tatbestandes des Landfriedensbruchs, die geplante Vorbeugehaft für Demonstranten sowie die Initiative des Bundesjustizministers, Sitzblockaden in jedem Fall zu kriminalisieren, stellen eine Kette von Eingriffen dar, die den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat in seiner Substanz gefährden. Die Rechtskoalition in Bonn will bewußt den Unfrieden in der Gesellschaft schüren, um daraus politischen Nutzen zu ziehen. In diesem Zusammenhang sind im übrigen auch die Initiativen von unionsregierten Bundesländern zu sehen, die Strafvollzugsreform wieder zurückzudrehen und anstelle des Resozialisierungsvollzuges den alten Verwahrvollzug wieder einzuführen.

Daneben werden Gesetzesvorschläge unterbreitet, die den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung der Frau (Vergewaltigung in der Ehe) zum Gegenstand haben. Weitere Vorhaben wie die Schaffung eines Straftatbestandes, der eine Strafverschärfung bei Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern vorsieht, die Erweiterung des Straftatenkatalogs des § 100 a StPO (um vermehrt Kontrollstellen einrichten zu können), die Abschaffung der Strafaussetzung zur Bewährung beziehungsweise die Aussetzung von Strafresten bei terroristischen Straftaten, wenn der Verurteilte sich nicht glaubhaft vom Terrorismus lossagt, die Einführung eines Tatbestandes „öffentliche Befürwortung der Gewalt“ - § 130 b - sowie die Einführung der Kronzeugenregelung stehen an. Bayern hat inzwischen im Bundesrat beantragt, die Strafvorschrift über die Beschimpfung religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen auszudehnen.

2. Auch im Bereich des Umweltschutzes werden erweiterte Strafvorschriften gefordert. Das Haftungsrecht bei Umweltdelikten soll verschärft werden; aus Rechtsbrüchen erzielte Gewinne (auch bei der Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität) sollen abgeschöpft werden können. Die ASJ hat bereits im Dezember 1986 gefordert, die Sozialschädlichkeit und Gefährlichkeit derjenigen Kreise, die aus niedrigen Beweggründen, das heißt Gewinnstreben, Luft, Erde und Wasser vergiften, im Strafrecht stärker als bisher herauszustellen. Allerdings hat die ASJ schon damals

darauf hingewiesen, daß es mit der Verschärfung des Strafrechts und einer Änderung des Haftungsrechts allein nicht getan ist. Die ASJ ist sogar der Auffassung, daß derartige Regelungen grundsätzlich an dem umweltschädlichen Verhalten industrieller Kreise wenig ändern wird. Die Erfahrungen mit der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität haben gezeigt, daß Instrumente des Strafrechts in der Regel bei diesem Täterkreis kaum greifen. Die Verschärfung von Strafrechtsvorschriften und die Verbesserung des Haftungsrechts suggerieren der Öffentlichkeit die Lösung eines Problems, das jedoch fortbesteht und weiterhin eine Gefahr für die Bevölkerung darstellt, wie zum Beispiel die Machenschaften des Hanauer Unternehmens Transnuklear zeigen.

Die ASJ ist der Auffassung, daß die Ideologien der Gefahrenabwehr, der Schadensbekämpfung und der Reparaturmentalität, die immer erst abwartet, bis ein Unglücksfall oder eine Katastrophe passiert ist und dann mit einem riesigen Aufwand an Finanzmitteln nachträglich den Schaden zu beheben versucht (oftmals ohne Erfolg), zum Scheitern verurteilt ist. Statt dessen fordert die ASJ eine Hinwendung zum Vorsorgeprinzip, das eindeutig dem Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit den Vorrang einräumt. Konkret bedeutet dies die Stilllegung von Atomkraftwerken und den Verzicht auf Technologien, die vom Menschen nicht beherrscht werden können. Hierzu gehört auch ein sofortiges generelles Produktions- und Transportverbot für Substanzen, die eine hohe Umweltgefahr oder Umweltbelastung darstellen (zum Beispiel dioxinhaltige Stoffe oder radioaktive Substanzen).

3. Zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung der Frauen werden zunehmend schärfere Rechtsvorschriften, insbesondere im Strafrecht, gefordert. Alle Parteien fordern übereinstimmend die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe. Die ASJ hat diese Forderung von Anfang an unterstützt. Über die Ausgestaltung einer entsprechenden Strafvorschrift besteht indes bislang keine Einigung. Einzelne feministische Gruppen erheben jedoch weitergehende Forderungen wie

- Neudefinition des Vergewaltigungsbegriffs (statt erzwungener Beischlaf „gegen den Willen der Frau“),
- Abschaffung der „milder schweren Fälle“ (damit Verbot der Strafaussetzung zur Bewährung),
- Änderung des Prozeßrechts (Verbot von Fragen nach dem Sexualleben der betroffenen Frau),
- Änderung der Justizorganisation durch Einrichtung von Spezialabteilungen bei der Staatsanwaltschaft,
- Erweiterung des Beleidigungstatbestandes („als Beleidigung gilt, wenn eine Person oder eine Personengruppe aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung beleidigt wird.“ - Gesetzentwurf BT-Drucksache 11/1040 Fraktion DIE GRÜNEN),
- „Verknastung der Männer“ (siehe KJ-Heft 4/87, Seite 449 ff (452)).

Bislang keine strafrechtlichen Verschärfungen, jedoch zivilrechtliche Regelungen fordern Frauengruppen (Alice Schwarzer) zum Schutz der Frauen vor pornographischer Darstellung.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

(-/29.2.1988/vo-he/rs)

* * *

Ein Dr. Eisenbarth in Sachen AIDS

Zum Wirken des Gauweiler-Beraters Michael Koch

Von Karl Heinz Müller MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Immer wieder versucht der von seinem Herrn und Meister Strauß so titulierte „Oberstaatssekretär“ Peter Gauweiler - mit wechselnden Partnern - seine Schreckensvisionen von der tödlichen Immunschwächekrankheit AIDS an die Wand zu malen - einseitig und uneinsichtig, versteht sich.

Nun ist ein schwedischer Landarzt namens Michael Koch als Partner dran. Ein Medizinstatistiker, mit dem der selbsternannte AIDS-Messias Gauweiler monatelang durch die Lande zog, ist anscheinend nicht mehr gefragt. Die Gauweiler-Speerspitze Koch, der offenbar vorher „Kreide“ zu sich genommen hatte, ist - das weiß man - ein sehr geschäftstüchtiger Mann. Er zieht in der Art eines reisenden Dr. Eisenbarth umher und hat nun den Freistaat entdeckt. Ausgestattet mit einem 100.000-Mark-Jahressalär sieht er sich als „Libero gegen HIV für Bayern und München“. Er sollte sich lieber als „Ausputzer“ und Libero in der Fußball-Altherrenmannschaft seiner schwedischen Heimatstadt betätigen.

Der Katastrophenmediziner Koch glaubt wohl, daß seine Ideen in Bayern dank eines Innenstaatssekretärs Gauweiler auf besonders fruchtbaren Boden fallen. Dieser schwedische Landarzt in Gauweilers Diensten, der durchaus kenntnisreich ist und einiges zusammengetragen hat, was die AIDS-Problematik betrifft, mag in manchen Fragen recht haben. Nur: Was er als „Heilmittel“ gegen AIDS anbietet, hilft niemand weiter. Reihenuntersuchungen, „lebenslange Absonderungen“, pauschale Meldepflichten sind in einem sozialen Rechtsstaat nicht möglich. Sie sind auch nach den bisherigen Erkenntnissen nicht notwendig.

Diese inhumane AIDS-Politik ist weder in Schweden noch sonstwo gefragt - und erst recht nicht in Bayern. Auch wenn dieser vor den politischen Gauweiler-Karren gespannte Anti-Aufklärer Koch meint, einen obrigkeitstaatlich besonders fruchtbaren Boden für seine Internierungspolitik vorgefunden zu haben.

Wer Koch braucht, das ist lediglich ein Herr Gauweiler. Denn anders als mit dem gefeuerten Pressesprecher des Sozialministeriums, Franz Mödl, kann Gauweiler mit Koch „Härte“ demonstrieren, um seine rigide Ordnungspolitik durchzusetzen. Aber „Härte“ ist nicht notwendig. Vielmehr brauchen wir ein wissenschaftlich, rechtlich und sozialpsychologisch gut fundiertes Management, um die tödliche Krankheit AIDS wirksam zu bekämpfen.

„Oberstaatssekretär“ Gauweiler sollte endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in Bayern genügend qualifizierte Wissenschaftler gibt, die sich intensiv mit der Bekämpfung von AIDS befassen. Der mit seiner AIDS-Politik in der eigenen Union isolierte Gauweiler sollte endlich auch einmal darstellen, daß sich in Bayern tausende von Ärzten, Beratern und ehrenamtlichen Helfern erfolgreich bemühen, die Ausbreitung von AIDS zu verhindern.

Gauweiler sollte auch endlich zugeben, daß sich die Gruppen mit Risikoverhalten - von wenigen Ausnahmen abgesehen - zunehmend vernünftig verhalten. Und er sollte einräumen, daß man bei den „Uneinsichtigen“ noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um sie zur „Einsicht“ zu bringen.

Solange Innenstaatssekretär Gauweiler nicht bereit oder in der Lage ist, diese Erkenntnisse sich zu eigen zu machen und danach zu handeln, solange bleibt die „offizielle“ AIDS-Politik in Bayern - die CSU-Staatsregierung spricht ja nur mit Gauweilers Anti-Süssmuth-, sprich Anti-Aufklärungszunge - isoliert und damit unwirksam. Und dagegen hilft Peter Gauweiler auch kein Michael Koch.

(/29.2.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Heinz Galinski: Über die Grenzen hinweg für Frieden und Menschenrechte eintreten

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (West) hat am Sonntag in Berlin (Ost) an die „Fabrikaktion“ der Gestapo - die Internierung der Zwangsarbeiter als organisatorische Voraussetzung ihrer Verschleppung in die Vernichtungslager - vor 45 Jahren erinnert. Galinski sprach auf dem Gelände des damaligen Sammellagers (das vorher ein jüdisches Altersheim war) an der „Großen Hamburger Straße“, die einmal als „Große Toleranzstraße“ bezeichnet worden war, weil sie in unmittelbarer Nachbarschaft Einrichtungen verschiedener Religionsgemeinschaften vereinte. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (West) unterstrich in seiner Rede in Ostberlin das Erfordernis, über alle Grenzen der Weltanschauungen und Systeme hinweg für die Bewahrung des Friedens und die Achtung der Menschenrechte einzutreten. Mit Galinski sprach erstmals ein Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (West) in Ostberlin.

Es gibt Namen in Berlin, die man als Überlebender der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nie vergessen kann, Namen, die in der Geschichte als Namen von Schreckens- und Schandorten eingegangen sind, Namen, denen durch die Geschichte eine tragische Bedeutung zukam. Zu diesen Namen gehört der Straßename „Große Hamburger Straße“.

Hier und jetzt versetzen mich meine Gedanken in das Jahr 1943 zurück, in das Berlin, das heute viele lieber vergessen möchten. Ich und andere, die damals wie ich Arbeitsklaven waren, Zwangsarbeiter in Berliner Industriebetrieben - wir können und wollen, ja wir dürfen es nicht vergessen. Es sind schon zu viele Spuren des Verbrechens verschwunden, weil viele der zweifelhaften Meinung sind, daß es besser wäre, wenn Gras darüber wachsen würde.

Es wächst aber kein Gras darüber, und es kann auch kein Gras darüber wachsen, solange die seelischen, aber auch körperlichen Wunden derjenigen, die die Hölle der Vernichtungslager lebend verlassen konnten, nicht verheilt sind, solange das Gedenken jener währt, die ihre Familienangehörigen verloren haben, solange die Kinder der Rückkehrer aus den Lagern an ihrem schweren Vermächtnis zu tragen haben.

Erinnerungen werden wach, aber nicht nur Erinnerungen, denn Geschichte läßt sich nicht so einfach verdrängen. Heute vor 45 Jahren wurden Männer und Frauen während der sogenannten „Fabrikaktion“ aus den Berliner Industriebetrieben, in denen sie als Arbeitsklaven Zwangsarbeit verrichten mußten, von der Gestapo brutal verschleppt und in dieses Sammellager Große Hamburger Straße gebracht. Ich erinnere mich an diesen Tag mit allen Einzelheiten. Ich erinnere mich an den gelben Stern, den wir tragen mußten. Auch wenn er als Schandmal gedacht war, trugen wir ihn mit Stolz und Würde. Das Zeichen dafür, daß uns die Gesellschaft ausgeschlossen und ausgestoßen hatte, wurde später nicht nur für uns ein Schandmal für die Gesellschaft, die solcher Barbarei fähig war.

Und dann kam die letzte Etappe unseres Leidensweges in dieser Stadt. Abgeholt von der Gestapo kamen wir in das Sammellager in der Großen Hamburger Straße, genau hier auf dieses Gelände. Dadurch, was in diesem Lager an Lebensbedingungen herrschte, wurde hier ein Straßename zum Inbegriff der Diskriminierung und Entwürdigung in dieser Stadt. Die von der Gestapo eingerichteten Massenquartiere kannten keine Rücksicht auf die Würde des Menschen.

Nur wenige Kilometer von hier entfernt liegen indessen die Bahnhöfe Putzitzstraße und Grunewald - die Entstationen des Abtransportes in die Vernichtungslager. Zehntausende teilten innerhalb von Monaten das gleiche Schicksal und durchliefen die Stationen dieses Berliner Leidensweges: Zwangsarbeit, Große Hamburger Straße, und dann einer der beiden Bahnhöfe mit den Zügen in den Tod.

Immer wieder muß ich mich an all das erinnern, besonders an Tagen wie dem heutigen, weil ich das alles am eigenen Leibe erlebt habe. Und immer wieder drängt ich mir dabei die Frage auf, für die ich keine Antwort finden kann: wie war es möglich in einem Land, das eine solche Kultur hervorgebracht hatte, in einem Land, zu dessen geschichtlicher Entwicklung Juden so viel beigetragen hatten?

Es ist beschämend, ja empörend, wenn sich heute die Zeitgenossen von damals aus der moralischen Verantwortung mit der Behauptung hinausschleichen wollen, sie hätten nichts gewußt. Ich lebte hier in der Nähe, in der Schönhauser Allee, und weiß, daß die Nachbarn, die von der Gestapo zum Abtransport benutzten Möbelwagen gesehen haben, daß sie sie sehen mußten. Berlin war einst mit 173.000 Juden die fünftgrößte jüdische Metropole der Welt, und niemand wird glauben, daß alle diese Menschen innerhalb von wenigen Jahren verschwinden konnten, ohne daß jemand es gemerkt hätte.

Heute sind wir in beiden Teilen unserer Stadt eine dezimierte Gemeinde. Der Rabbiner Leo Baeck sagte nach den furchtbaren Ereignissen jener Jahre: „Für uns Juden ist eine Geschichtsepoche zu Ende gegangen. Eine solche geht zu Ende, wenn immer eine Hoffnung, ein Glaube, eine Zuversicht endgültig zu Grabe getragen werden muß. Unser Glaube war es, daß deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnte. Das war eine Illusion. Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für allemal vorbei.“

Das entsprach durchaus den Gefühlen vieler aus den überlebenden Resten der zerstörten jüdischen Bevölkerung Europas im Jahre 1945. Trotzdem, trotz allem kamen wir aus den Lagern zurück, um neues jüdisches Leben, aber vor allem auch um neues demokratisches Leben aufzubauen. Zunächst mußten wir die Trümmer des mörderischen Krieges beseitigen, und schwieriger noch als das war zuweilen, die seelischen Trümmer abzutragen. Aber wir taten es mit aller Energie und aller Kraft, weil wir alles unternahmen wollten, damit es ein Auschwitz nie wieder geben kann, damit die Welt nunmehr eine friedliche Welt bleibt.

Gewiß, es gibt verschiedene Gesellschaftsordnungen. Die Welt jedoch muß überleben, und dieser Wunsch schafft eine Gemeinsamkeit, die über allen Unterschieden der Gesellschaftssysteme stehen muß. Auch uns wenige überlebende Juden, ungeachtet der Systeme, in denen wir leben, verbindet die gemeinsame Vergangenheit, deren Schicksalhaftigkeit bis in die Gegenwart hineinstraht.

Mehr denn je steht heute die Menschheit auf einem Scheideweg zwischen Leben und Tod. Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß viele noch nicht genug aus der schrecklichen Vergangenheit gelernt haben. Mangel an politischer Vernunft läßt Waffenarsenale in einer Welt entstehen, deren weite Teile unter Hungersnöten leiden.

Was uns über alle Grenzen, seien sie nun politischer oder weltanschaulicher Art, hinweg vereinen muß, sind die Werte der Achtung von Menschenrechten und Verurteilung der Rassendiskriminierung, die Friedensbereitschaft, demokratisches Verhalten, Nationalismus-Überwindung, Toleranz und Solidarität.

Mehr denn je müssen wir das Gemeinsame und nicht das Trennende suchen, ohne dabei je vergessen zu dürfen, daß es möglich war, im 20. Jahrhundert mitten in Europa in einem beispiellosen Verbrechen sechs Millionen Menschenleben zu vernichten. Das ist unsere Aufgabe und nur das kann unser gemeinsames Ziel sein.

(-/29.2.1988/vo-he/rs)